



Minister Schneider: Bund darf Finanzierung der Schulsozialarbeit nicht einstellen

Minister Schneider: Bund darf Finanzierung der Schulsozialarbeit nicht einstellen
Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit: Nordrhein-Westfalens Arbeits- und Sozialminister Guntram Schneider hat die Bundesregierung aufgefordert, die Finanzierung der Schulsozialarbeit auch über das laufende Jahr hinaus fortzusetzen. "Die Bedeutung von Bildung ist enorm, weil sie über die Zukunft der Kinder entscheidet - deshalb brauchen insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien besondere Unterstützung, um eine Lebensperspektive aufbauen zu können. Die Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter leisten hier eine hervorragende Arbeit", sagte Minister Schneider heute in Wuppertal auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen. Der Bund stellt den Kommunen in Nordrhein-Westfalen seit 2011 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket jährlich rund 100 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit zur Verfügung. Mit dem Geld werden bis zu 1600 Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter beschäftigt. Sie sorgen zum Beispiel dafür, dass Kinder aus Familien mit SGB-II-Bezug ein warmes Mittagessen bekommen oder Unterstützung bei der Lernförderung erhalten. Das Geld dafür soll aber nur noch bis 2013 fließen. Anschließend sollen nach dem Willen der Bundesregierung die Kommunen die Finanzierung übernehmen. "Die Bundesregierung muss die Finanzierung unbefristet fortsetzen, die Städte und Gemeinden können das nicht leisten", forderte Schneider. Insbesondere in den Problemvierteln der Großstädte könnten die Schulen nicht mehr auf die Sozialarbeit verzichten. "Wir stellen eine spürbare Verbesserung an den Schulen fest, wenn dort Sozialarbeit geleistet wird", erklärte der Minister. Die Sozialpädagogen übernehmen Aufgaben, die die Lehrerinnen und Lehrer allein nicht leisten könnten. Streiche die Bundesregierung künftig die Gelder, würden viele Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen ihre Arbeit verlieren. "Verlierer sind auch diejenigen, die sich am wenigsten wehren können - die Schülerinnen und Schüler", warnte der Minister. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW) Fürstenwall 25 40219 Düsseldorf Deutschland Telefon: (02 11) 855 - 5 Telefax: (02 11) 855 - 3127 Mail: info@mags.nrw.de URL: <http://www.mags.nrw.de>

Pressekontakt

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW)

40219 Düsseldorf

mags.nrw.de
info@mags.nrw.de

Firmenkontakt

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW)

40219 Düsseldorf

mags.nrw.de
info@mags.nrw.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage